

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

31.12.1932 (No. 307)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur: G. Krenn, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Fernsprecher Nr. 955 und 954, Postfach Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und vervielfacht werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostopverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Waldbrand, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanleiheblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Geleitwort zum neuen Jahre

Von Staatspräsident Dr. Schmitt-Karlsruhe, M. d. R.

Staatspräsident Dr. Schmitt veröffentlicht im „Bad. Beobachter“ folgendes Geleitwort zum neuen Jahr:

Mit großer Beforgnis — und trotzdem mit festem Goltvertrauen und Selbstvertrauen — blicken wir auf das neue Jahr.

1. Unser erster Wunsch ist, daß im neuen Jahre der Rechtsgedanke und der Rechtsstaat seinen Schaden mehr leiden mögen.

Recht muß immer vor Macht gehen. Es darf weder das formale Recht verletzt werden. Wie bedauerlich ist es, wenn man den Staatsgerichtshof anrufen muß, um Rechtswidrigkeiten abzuwehren. Es gibt aber auch ein ungeschriebenes natürliches Recht, an das jedermann gebunden ist, — auch die Faktoren der Gesetzgebung. Auch die Überschreitung des Naturrechts wird sich rächen. Ich will ununterbrochen lassen, in welchen Fällen der letzten Zeit die naturrechtlichen Schranken nicht eingehalten haben.

2. Das wichtigste ist, daß zwischen Regierung und Volk keine Kluft besteht. Regierung und Volk müssen zusammenarbeiten. Fehlt diese Zusammenarbeit, dann kommt es vor, daß die Regierung hohe Strafen androht, und daß der Reichstag hinterher durch Initiativ-Gesetz die daraufhin verhängten Strafen und darüber hinaus noch viele andere Strafen anordnet — gegen den Willen der Reichsregierung selbst. — So kommt es und so mußte es kommen, wenn man glaubt, ohne Volk regieren zu können. Wie hat doch Reichspräsident von Hindenburg bei seiner Vereidigung 1925 im Reichstag gesagt?:

„Reichspräsident und Reichstag gehören zusammen, einer kann nicht ohne den anderen sein.“

Und der badische Großherzog Friedrich hat bei dem feierlichen Schluß der Ständerversammlung schon am 30. August 1860 erklärt:

„Ich konnte nicht finden, daß ein feindlicher Gegensatz sei zwischen Fürstenrecht und Volksrecht. Ich wollte nicht trennen, was zusammengehört und sich wechselseitig ergänzt. — Fürst und Volk, unaufloslich vereint unter dem gemeinsamen schützenden Banner einer in Wort und Tat geschlossenen Verfassung.“

Herliche und goldene Worte, die in einer Republik viel selbstverständlicher sein sollten als in der alten Monarchie. Große Verantwortung trifft diejenigen, welche die Kluft zwischen Regierung und Volk herbeiführen oder es veräumen, sie zu überbrücken.

3. Ohne solidarische Zusammenarbeit aller Volksgenossen kommen wir nicht weiter. Zum Ankerfeld brauchen wir alle, keinen ausgenommen. Wir brauchen insbesondere die Zusammenarbeit der Konfessionen; nur sie können die seelische Not der Volksgenossen überwinden helfen. Die Zusammenarbeit der Konfessionen ist die beste Versicherung, daß die freiwillige Winterhilfe so großen Erfolg bis jetzt gezeitigt hat. Auch die sozialen Belange können nur durch Zusammenarbeit aller gewahrt werden. Unsere oberste soziale Tat muß die Arbeitsbeschaffung sein. Gewährung von Arbeit ist wichtiger und besser als die Gewährung von Wohltaten und Geschenken. Arbeit befreit insbesondere von der seelischen Not.

4. Auf dem Gebiet der Verfassungsänderung ist es gegenüber den früheren vielfachen Ankündigungen ruhig geworden. Mit einem gewissen Recht! Mit übertriebener Eile kann man eine Verfassung weder schaffen noch ändern. Die Eile war ja auch eine der Ursachen der Mängel in der Weimarer Verfassung. Eine Verfassung sollte man auch nicht ändern in den labilen Verhältnissen, wie wir sie heute haben, und eine Verfassung sollte man auch nicht ändern, um eine momentane politische oder parteipolitische Konjunktur auszunützen. Wir

haben heute auch wichtigere Aufgaben als Verfassungsänderungen. Daß eine Verfassungsänderung nur auf verfassungsmäßigem Wege und nicht mit Artikel 48 der W. gemacht werden kann, ist geradezu selbstverständlich. Sie darf auch nicht gemacht werden ohne Einberufung mit dem Volk und mit den Ländern.

5. Die Länder verlangen Eigenstaatlichkeit, und zwar im Interesse des Ganzen und im Interesse des Deutschen Reichs. Sind und waren doch die „eigenen“ Länder die Säulen, die Stützpunkte und die Zufluchtsorte des Reichs und ihrer Regierung — schon zu verschiedenen Zeiten. Die süddeutschen Staaten insbesondere haben bei dem Charakter ihrer Bevölkerung im großen und ganzen ruhiger Verhältnisse aufzuweisen als in anderen Teilen des Reichs, und die süddeutschen Länder sind auch in der Lage, wenn anderswo die Ruhe gefährdet ist, diese Ruhe von Süden her nach den anderen Teilen des Reichs vorzutragen.

Die süddeutschen Länder sind sich über diese ihre Mission einig. Sie sind insbesondere einig im Willen zur Abwehr jeder Beeinträchtigung der Länderrechte.

Durch die Preussische Kommissariatsregierung ist das Gleichgewicht zwischen den Ländern ohne Zustimmung der Länder zerstört worden. Die Kommissariatsregierung Preußen wirkte sich jedenfalls objektiv zugunsten von Preußen und zuungunsten der anderen Länder aus. Deswegen ist es nicht damit getan, daß man den gegenwärtigen Zustand bestehen lassen will, insbesondere dann, wenn man daran zweifeln muß, ob es sich wirklich nur um ein Provisorium handelt. Das Wünschenswerte wäre, daß der alte Zustand wieder hergestellt und daß die Kommissariatsregierung beseitigt würde. Dabei wäre nicht ausgeschlossen, daß die preussische — und die Reichspolitik auf einheitliche Grundlage gestellt, und daß der preussische Ministerpräsident oder auch noch ein anderer preussischer Minister de facto Mitglied des Reichskabinetts würde. Diese de facto-Lösung würde weder Rechte des preussischen Landtags, noch des Reichstags gegenüber ihrer Regierung irgendwie beeinträchtigen.

Wenn übrigens in einem späteren Zeitpunkt es sich zeigen sollte, daß absolut eine Personalunion zwischen Reich und Preußen auch de jure notwendig wäre, so müßte das sowohl durch verfassungsmäßige Änderung der preussischen Verfassung als auch durch Änderung der Reichsverfassung geschehen; aber die Personalunion müßte auf ein Minimum beschränkt werden.

Nach meiner persönlichen Auffassung müßte es genügen, wenn der Reichspräsident verfassungsmäßig und notwendig preussischer Landespräsident würde (das Amt eines preussischen Landespräsidenten müßte durch die preussische Verfassung neu geschaffen werden). Der Reichspräsident würde also in seiner Eigenschaft als Organ des Reichs die Reichsregierung und in seiner Eigenschaft als preussisches Organ den preussischen Ministerpräsidenten und die preussische Regierung ernennen. Persönliche Identität zwischen preussischem Ministerpräsidenten und Reichskanzler, oder zwischen dem Ministerpräsidenten und Reichspräsident, de facto aber im Einzelfall möglich. Aber auf alle Fälle würde auf diese Weise dem preussischen Landtag das Recht gegeben sein, dem preussischen Ministerpräsidenten und den preussischen Ministern Vertrauen oder Mißtrauen auszusprechen.

Damit wären die Volksrechte gewahrt. Zur Zeit kann aber auch diese auf ein Minimum beschränkte Personalunion de jure nicht in Frage kommen, notwendig erscheint mir aber zur Zeit in Preußen einmal die Verneuerung der Rechte der preussischen Provinzen durch Dezentralisation von Aufgaben; sodann die möglichst baldige Aufhebung der Reichskommissariatsregierung und die Wiedererrichtung einer ersten Landesregierung und Gewährung der schon vielfach erdrückten Gegenrechte und Gegengewichte an die übrigen Länder zum Ausgleich gegen preussisches Übergewicht.

kenntnis der Reichsregierung zu den schöpferischen Kräften des privaten Unternehmertums bedurft, um Empfindungen und Kräfte auszulassen, die bis dahin durch ein falsches System wirtschaftspolitischer Handlungen und Unterlassungen erstarrt waren. Wir werden für die Rechte des Unternehmers kämpfen, wie wir uns auch umgekehrt seiner fühligen und nationalen Pflichten vollkommen bewußt sind. Wir erkennen in diesem Zusammenhang an die grundrätlichen Ausführungen, die unser Vorsitzender, Dr. Krupp v. Bohlen und Dalbach, auf der letzten Hauptversammlung gemacht hat. Das Wort „Schicksalsverbundenheit“ der einzelnen Wirtschaftszweige und Bevölkerungsgruppen hat selbstverständlich nicht nur den Sinn, daß man unter Berufung auf die „Schicksalsverbundenheit“ von den Anderen Opfer verlangt, sondern es umschließt auch die Forderung, daß das Unternehmertum — wie es Herr v. Bohlen ausgedrückt hat — selbst freiwillig und selbstverständlich allen fühligen und nationalen Pflichten nachkommt.“

#### Neujahrsewlass an die Reichswehr

W. Berlin, 31. Dez. (Tel.) Anlässlich des Jahreswechsels ist ein Erlass an die Wehrmacht ergangen, der vom Reichspräsidenten und vom Reichswehrminister unterzeichnet ist. Der Erlass hat folgenden Wortlaut:

„Zum Neujahrstage spreche ich allen Angehörigen der Wehrmacht, Reichswehr und Reichsmarine, meine herzlichsten Glückwünsche aus. Die alten Soldatentugenden Treue, Gehorsam und Pflichterfüllung sollen wie bisher die Richtschnur Eures Handelns bleiben.“

### Letzte Nachrichten

#### Die deutsche Industrie zum Jahreswechsel

Besserung der allgemeinen Lage

W. Berlin, 31. Dez. (Priv.-Tel.) Anlässlich des Jahreswechsels stellt der Reichsverband der deutschen Industrie in einem Rundschreiben an seine Mitglieder fest, daß sich in Deutschland nach wie vor ein bewundernswürdiges Kapital an unternehmerischer Initiative, an geistigem und technischem Können, an Opferbereitschaft und an entschiedenem Willen zum Einsatz der letzten Kräfte erhalten hat. Weiter wird in dem Rundschreiben u. a. gesagt: So klar wie uns über die Schwere der Aufgaben sind, die uns in der Zukunft noch bevorstehen, so glauben wir doch zu dem Urteil berechtigt zu sein, daß sich das Gesamtbild der innerwirtschaftlichen und außerwirtschaftlichen Lage Deutschlands in der zweiten Hälfte des Jahres gebessert hat.

„Unsere Mitglieder kennen unsere Stellungnahme zu dem in Münster verkündeten Wirtschaftsprogramm. Wir haben Teile dieses Wirtschaftsprogramms hart kritisiert und bekämpfen müssen, wir haben aber seine Grundlinie begrüßt. Wie sich die Maßnahmen dieses Notprogramms auf die Dauer auswirken werden, läßt sich noch nicht übersehen. Wohl aber kann festgestellt werden, daß es nur dieses eindeutigen Be-

### \* Das Jahr 1932

III. (Schluß).

Ein Rückblick auf die wichtigsten Ereignisse des Jahres im Ausland ist diesmal für uns besonders interessant, weil wir dabei erkennen, daß auch die meisten Staaten des Auslands mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, ja zum Teil sogar unter derselben Depression leiden, wie wir. Es ist das zweifellos ein Trost für uns. Und die Bedeutung eines solchen Trostes wird noch um so größer, wenn man sich vergegenwärtigt, wie hoch doch das Ausland im allgemeinen die deutsche Leistungsfähigkeit einschätzt. Man beurteilt draußen die Wirtschaftslage in Deutschland durchaus nicht optimistisch, aber man ist davon überzeugt, daß unter der Voraussetzung gleicher Startbedingungen kein Land das Ziel des Wiederaufstiegs so schnell erreichen wird, wie Deutschland.

Auch Frankreich, das reiche und übermüdete Frankreich, hat im letzten Jahre die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Es hat mit finanziellen Problemen zu kämpfen, und auch wirtschaftspolitisch hat sich der Kreis der Sorgen erweitert. Es will immerhin etwas belegen, daß letzten auch die französische Regierung einen Kredit von 300 Millionen Franken erbitten mußte, um der durch den Preissturz bedrohten einheimischen Landwirtschaft zu helfen!

Allerdings reimt sich das alles noch nicht gut zusammen mit der Tatsache, daß Frankreich auch heute noch Milliarden und Milliarden für Rüstungszwecke ausgibt. Das ist ja auch der Grund, weshalb man in Amerika von einer Streichung der interalliierten Schulden nichts wissen will. Es ist schon so: Frankreich ist — zumal vergleichsweise — auch heute noch ein reiches Land, das ernste und tiefgreifende Notie nicht kennt. Spielend hätte es die am 15. Dezember fällige Schuldenrate an Amerika zahlen können. Aus „nationalen“ Eigenfinn hat es sich den Luxus geleistet, die Zahlung zu verweigern.

Damit ist keine außenpolitische Stellung gewiß nicht verbessert worden. Denn Amerika ist mit Recht empört. Und der bisherige Verlauf der Abrüstungskonferenz hat die Sympathien für Frankreich gleichfalls nicht erhöhen können. Man weiß nur zu gut, daß es nur einen wirklichen Gegner der allgemeinen Abrüstung gibt, und daß das Frankreich ist.

Frankreich betritt jedenfalls das neue Jahr in einer Art politischen Isolierung. Die englische Politik hat längst das französische Fahrwasser verlassen, Italien ist nicht nur im Mittelmeer der gegebene Widerpart Frankreichs, Amerika ist erzielt, und Japan geht seine eigenen Wege. Das Bedenkliche aber ist, daß sich im verflorenen Jahr die finanzielle und wirtschaftliche Lage der sog. Vasallenstaaten Frankreichs derartig katastrophal verschlimmert hat, daß man in Paris die Unterstützung durch diese Staaten heute lange nicht mehr so hoch veranschlagt darf, wie früher. Auch der militärische Bündniswert eines Staates, der dicht vor dem Bankrott steht, ist einermäßig festlich zu beurteilen.

So ist aber die Lage in Polen, in Rumänien, in Jugoslawien und teilweise auch in der Tschechoslowakei! Die Schilderungen tiefblickender Reisender zumal aus Polen, Rumänien und Jugoslawien sind von einem Pessimismus erfüllt, der sich kaum noch überbieten läßt. Die ungeheuren Summen, die Frankreich in den Vasallenstaaten angelegt hat, sind bedroht. Andererseits haben diese Länder von der Hilfe Frankreichs nur wenig Nutzen gehabt. Die Hilfe war eben von Anfang an von egoistischen Gedankengängen diktiert. Frankreich hat ein künstliches Gebäude dort im Osten Europas errichtet, ein Gebäude, das sich auf den Franken und auf den Kanonen aufbaut, in der Wirtschaft der betreffenden Länder aber selbst kein Fundament hat.

Uns interessiert von all diesen Ländern am meisten Polen. Werden wir doch mit diesem Staat die nächst der Gleichberechtigungsforderung wichtigste, nationale Frage zu lösen haben, nämlich die des polnischen Korridors. Daß es so nicht weiter geht, wie bisher, daß ist die Überzeugung nicht nur aller Deutschen, sondern auch aller anderen vernünftigen Politiker. Ostpreußen muß wieder mit dem Seimalland verbunden werden, und Danzig muß wieder ein richtiges, deutsches Hinterland bekommen. Eine tatkräftige, deutsche Politik im Osten wird das beste Mittel sein, um Polen und auch Litauen von allen Verjungen abzuhalten, selbst noch über das hinauszugreifen, was ihnen die Friedensverträge seinerzeit in wahnwitziger Verblendung zugeschoben haben.





